

(Antimilitaristischer)Protest gegen KI-Forschungscluster in Tübingen

Die Forschungsinitiative Cyber Valley wurde im Dezember 2016 ins Leben gerufen, um das Neckartal, von Stuttgart bis Tübingen, in ein "Ökosystem für die Entwicklung künstlicher Intelligenz" zu transformieren. Ihr Ziel ist es, eine "kritische Masse" an Daten, Unternehmen und Forschenden zu erreichen, um "disruptive Innovationen" schnell in die Praxis umzusetzen. Hierzu ist geplant, die Gründung von Startup-Unternehmen zu fördern, um enorme private Gewinne zu ermöglichen und unternehmerische Forscher*innen nach Tübingen zu locken.

Das räumliche Zentrum des Cyber Valleys entsteht aktuell im Technologiepark auf der Oberen Viehweide in unmittelbarer Nähe zu den Max-Planck-Instituten in Tübingen. Hier wird aktuell auch ein Forschungszentrum des Amazon-Konzerns gebaut, dessen Beteiligung v.a. für die "internationale Strahlkraft" des Projekts essenziell sei, aber auch, weil das Unternehmen die enormen Datenmengen zur Verfügung stellen kann, mit denen Methoden des Maschinellen Lernens entwickelt und erprobt werden.

Beteiligt am Cyber Valley sind das Land Baden-Württemberg, die Universitäten Tübingen und Stuttgart, die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer Gesellschaft. Zudem sind die Konzerne Daimler, Bosch, BMW, Porsche, IAV automotive engineering (50% VW, 10% Conti, 10% Schaeffler, ...), ZF Friedrichshafen und Amazon am Cyber Valley beteiligt.

Während große Teile der dreistelligen Millionensummen, die dort investiert werden, aus öffentlichen Mitteln kommen, beteiligen sich diese Konzerne kaum an der Finanzierung. Daher ist davon auszugehen, dass hier mit Geldern des Landes, der Universitäten und öffentlicher Forschungseinrichtungen Ergebnisse erzielt werden, die dann von den beteiligten Firmen zu Geld gemacht werden. Außerdem verliert die öffentliche Hand jeden Zugriff auf die Forschungsergebnisse, wenn die beteiligten Konzerne oder Start-Ups daraus Patente anmelden. Die Verträge zum Cyber Valley werden allerdings, trotz Forderungen nach Transparenz und anders lautender Ankündigungen unter Verschluss gehalten. Daher lassen sich über die genauen Bedingungen der Kooperation nur Vermutungen anstellen.

Cyber Valley und Rüstung

Auch wenn drei beteiligte Firmen (Daimler, ZF Friedrichshafen und Amazon) im Rüstungsbereich tätig sind, werden im Cyber Valley keine Gewehre, Raketen und Panzer gebaut oder entwickelt. Zentrales Forschungs- und Entwicklungsthema ist die Künstliche Intelligenz, bzw. das Maschinelle Lernen, in Form von selbst lernenden Algorithmen. Eine Spezialität der Forschenden in Tübingen ist das sogenannte Maschinelle Sehen. Hier werden optische Sensoren mit entsprechenden Algorithmen verknüpft, die Muster und Formen, aber auch Bewegungen und Situationen erkennen und analysieren sollen, um daraus Handlungsanweisungen abzuleiten. Diese Technologie ist, neben weiteren Anwendungsfeldern, eine Voraussetzung für alle Ideen von autonom fahrenden Fahrzeugen. Dasselbe gilt allerdings auch für Drohnen, Kampfroboter und alle vorstellbaren Arten von autonomen Waffensystemen. Daher ist die Forschung an dieser Technologie aus friedenspolitischer Perspektive von Grund auf kritisch zu bewerten. Ganz besonders gilt dies, wenn das Ziel der Forschung eine schnelle Umsetzung in marktreife Anwendung und deren schnelle Kommerzialisierung ist und eine Zivilklausel, die eine Beschränkung der Anwendungsbereiche bewirken könnte, von allen beteiligten Forschungseinrichtungen und Unternehmen vehement abgelehnt wird.

Daher muss von einer Verwendung entsprechende Technologien auch für die Produkte von ZF Friedrichshafen als wichtiger Zulieferer für die beiden großen deutschen Panzerbauer Rheinmetall und Kraus-Maffei-Wegmann ausgegangen werden. Dasselbe gilt für Daimler als Lieferant von gepanzerten Geländewagen und militärischen LKW u.a. an die Bundeswehr und Armeen weltweit. Ein endgültiger Beweis dafür wird sich allerdings erst dann liefern lassen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Dass diverse Forschende im Cyber Valley, trotz anderslautender Behauptungen, keine Skrupel haben, mit internationalen Geheimdiensten und Militärs zu kooperieren, belegt ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der zentralen Forschungsagentur der US-Geheimdienste (IARPA), an der auch die Militärgeheimdienste der Teilstreitkräfte (Army, Navy, Airforce und Marines), sowie die NSA und die Defence Intelligence Agency beteiligt sind. (Zur Kooperation mit der IARPA: <https://www.imi-online.de/2020/05/15/cyber-valley-mpi-und-us-geheimdienste/> und <https://www.imi-online.de/2020/05/25/iarpa-forschung-trotz-zivilklausel/>)

Bündnis gegen das Cyber Valley (NoCyberValley)

Das Bündnis gegen das Cyber Valley besteht seit 2018. Zu einer ersten Demonstration mit rund 200 Teilnehmer*innen unter dem Motto "Wissenschaft für die Menschen – nicht für die Industrie, Überwachung und Krieg" kam es am 29.11.2018. (https://nocybervalley.de/?page_id=45). Von Beginn der Proteste an waren friedensbewegte Gruppen, wie das Friedensplenum/ Antikriegsbündnis Tübingen e.V. und die Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI) an den Protesten beteiligt. Im Anschluss an die Demonstration besetzten Studierende im Kupferbau, dem zentralen Hörsaalgebäude der Universität Tübingen, einen Hörsaal. In den folgenden Wochen wurde der Hörsaal für Workshops, Vorträge, Plena und Podiumsdiskussionen genutzt. (Ein Beitrag einer Podiumsdiskussion in Textform, der sich intensiv mit der Gefahr der militärisch nutzbaren KI-Forschung in Tübingen auseinandersetzt: <https://www.imi-online.de/2018/12/20/gefahr-eines-militaerisch-forschungsindustriellen-komplexes/>). Im Zuge der Besetzung kam es auch zu bundesweiter Berichterstattung über die Proteste und die vorgebrachte Kritik. (Beispielhaft eine DPA-Meldung in den Stuttgarter Nachrichten und ein Artikel aus der Jungen Welt: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.protest-gegen-das-projekt-cyber-valley-aktivisten-besetzen-hoersaal-in-tuebingen.33111c60-27cf-4f38-8193-ba38941ed3a7.html>; <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/345043.forschung-im-dienste-der-konzerne-besetzung-gegen-cyber-valley.html>)

Nach dem Ende der Besetzung im Kupferbau gab es im Februar 2019 eine weitere Kundgebung. (https://nocybervalley.de/?page_id=37). Auch hier wurde, neben anderen Themen, die Ausweitung der Zivilklausel der Uni Tübingen auf den Technologiepark und damit auf das gesamte Cyber Valley-Projekt gefordert. Mit einem eigenen Aufruf und einer Delegation beteiligte sich das Bündnis gegen das Cyber Valley am Ostermarsch 2019 in Stuttgart, um auch dort auf die Verknüpfung der Themen KI-Forschung und Aufrüstung aufmerksam zu machen. (https://nocybervalley.de/?page_id=155)

In Folge fokussierten sich die Proteste zunehmend auf die Ansiedlungspläne des Amazon-Konzerns in Tübingen. So zeichnete sich immer stärker ab, dass der Amazon-Konzern sich nicht nur in Form von eingekauften Wissenschaftlern (die beiden Direktoren des Max-Planck-Instituts für Intelligente Systeme in Tübingen stehen sowohl auf der Gehaltsliste des deutschen Staates als auch auf der Gehaltsliste von Amazon), sondern auch mit dem Aufbau eines eigenen KI-Forschungszentrums im Technologiepark in Tübingen am Cyber Valley beteiligen will. Dafür war geplant, ein städtisches Baugrundstück im besagten Technologiepark zu kaufen.

Um die vielschichtige Kritik am Amazon-Konzern in der Tübinger Bevölkerung bekannter zu machen, wurde die Kampagne "Amazon ist kein guter Nachbar!" entwickelt, in der verschiedene Kritikfelder thematisiert werden. Dazu der Absatz "Militär, Polizei, Geheimdienste":

"Seit Jahren stellt Amazon Cloud-Dienstleistungen für den US-Auslandsgeheimdienst CIA bereit; aktuell bewirbt sich das Unternehmen mit JEDI um den größten Dienstleistungsvertrag in der Geschichte des Pentagons. Hierbei sollen Methoden des maschinellen Lernens in die Datenverarbeitung des US-Militärs integriert werden. Die Gesichtserkennung „Rekognition“ verkaufte der Konzern schon an mehrere Polizei- und Grenzschutzbehörden in den USA und bietet sie auch international an. Damit können Überwachungskameras selbst größere Menschenmengen quasi in Echtzeit mit Millionen digital erfasster Gesichter abgleichen und Menschen identifizieren. Auch die deutsche Bundespolizei nutzt Amazon Web Services (AWS) zur Archivierung der Video- und Tonaufnahmen, die mit sog. Bodycams im Einsatz aufgenommen wurden." (https://nocybervalley.de/?page_id=182)

Mit Hilfe von diversen Infotischen in der Tübinger Innenstadt wurde in der folgenden Zeit auf die Kritik an der Ansiedlung von Amazon hingewiesen. Zudem kam es immer wieder zu kleineren Aktionen, u.a. zu Straßentheateraufführungen, oder dem Auftritt eines Clowns auf dem Stadtfest, der auf einem Koffer in der Hand kritische Parolen unter die Bevölkerung brachte.

Am 10.10.2019 wurde eine weitere Demonstration organisiert. Sie zog vom südlichen Neckar-Ufer durch die Altstadt zum Markt vor das Rathaus. Dort wurden Reden gehalten, gemeinsam gesungen und mit vorbeilaufenden Passant*innen das Gespräch gesucht. Im Rathaus fand währenddessen die letzte Gemeinderatssitzung vor der geplanten Entscheidung über den Grundstücksverkauf an Amazon am 26.11.2019 statt. Außer der Gemeinderatsfraktion der Partei Die Linke, die auch einen Redebeitrag zur Kundgebung beisteuerte, ließen sich die Ratsleute nicht vor der Tür blicken, um mit den Protestierenden ins Gespräch zu kommen. (zur Demo im Reutlinger Generalanzeiger: https://www.gea.de/neckar-alb/kreis-tuebingen_artikel,-demo-gegen-amazon-in-t%C3%BCbingen-arid,6172825.html)

Insgesamt ließ sich feststellen, dass die Spitzen von Stadt und Universität, sowie beteiligte Unternehmen und Forscher*innen auf die in immer breiteren Teilen der Tübinger Bevölkerung vorgebrachte Kritik entweder mit Schweigen oder mit verleumderischen Aussagen über die Proteste und deren Inhalte reagierten.

Die Proteste im Gemeinderat

Für die entscheidende Gemeinderatssitzung am 14.11.2019 wurde zur kritischen Begleitung der Sitzung und zu Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgerufen. Vor der Tür des Rathauses war ein Pavillon mit Informationsmaterialien und heißen Getränken aufgebaut. In der öffentlichen Gemeinderatssitzung kamen einige Besucher*innen mit Protest-T-Shirts. Andere hielten Schilder mit ihren Forderungen in die Höhe. Während der Sitzung sang eine Gruppe ein eigens für den Anlass gedichtetes Lied. Eine andere Gruppe stellte sich mit einem Transparent zwischen den Vorsitzenden, den Oberbürgermeister Boris Palmer, und den restlichen Gemeinderat und rief Parolen, bis sie von der Polizei brutal aus dem Saal gedrängt wurden.

Um die Entscheidungsträger*innen mit den Konsequenzen ihres Handels zu konfrontieren, stand ein Aktivist während der laufenden Sitzung auf und begann, einen Text vorzulesen. Dabei handelte es sich um Abschnitte aus dem Positionspapier des Amtes für Heeresentwicklung der Bundeswehr zum Thema Künstliche Intelligenz in den Landstreitkräften.

Daraus: "KI ist eine Hochtechnologie, die erhebliche Expertise und Entwicklungsaufwand erfordert, um zu leistungsstarken und einsatztauglichen Lösungen zu gelangen. Hierbei ist die Nutzung von Dual-Use-Produkten und Anwendungen sowie neusten zivilen Forschungsergebnissen der Schlüssel zur Schaffung von bezahlbaren und konkurrenzfähigen Lösungen."

(<https://www.bundeswehr.de/resource/blob/156024/d6ac452e72f77f3cc071184ae34dbf0e/download-positionspapier-deutsche-version-data.pdf>) Auch dieser Aktivist wurde noch während des Lesens von der Polizei aufgehalten und aus dem Saal abgeführt.

Der Prozess

Gegen erste Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch, die ab Oktober 2020 bei drei Aktivist*innen ins Haus flatterten, wurde Widerspruch eingelegt. Daher kam es am 25.11.20, nach wenigen Wochen Vorladungszeit, zu einem ersten Gerichtstermin. Dort wurden als Belastungszeugen der Bürgermeister Palmer und ein leitender Polizeikommissar aus Tübingen gehört. Ob Bürgermeister Palmer allerdings ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat berechtigt war, Anzeigen wegen Hausfriedensbruch zu stellen, blieb während des ersten Prozesstages ungeklärt. Daher wurde ein zweiter Prozesstermin für den 01.12.2020 angesetzt.

Vor, während und nach dem ersten Prozesstermin fand auf dem Platz vor dem Amtsgericht eine Kundgebung mit rund 100 Aktivist*innen statt, die sich mit dem Angeklagten solidarisierten und nach

einer coronabedingten Pause den Anlass nutzten, um erneut die Proteste gegen das Cyber Valley und die Verweigerung der Einführung einer Zivilklausel für den Technologiepark auf die Straße zu bringen. (<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/amazon-gegner-demonstrieren-vor-tuebingen-landgericht-100.html>) Der zweite Prozesstag am 01.12.2020 endete nach wenigen Minuten mit einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs zu 50 Tagessätzen à 30 Euro.

Nach diesem Urteil war schnell klar, dass auch gegen zwei weitere Strafbefehle, gegen die ebenfalls Widerspruch eingelegt wurde, vor Gericht kaum anzukommen sein würde. Nach Beratungen im Bündnis mit den beiden Betroffenen wurde daher entschieden, die Widersprüche zurückzuziehen und beide Strafbefehle zu bezahlen, um damit weitere Gerichts- und Anwaltskosten zu vermeiden.

Um allerdings, wie bereits beim ersten Prozess, die Verfahren zu nutzen, um die Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen, wurde eine Pressemitteilung mit einem Statement zum Rückzug der Widersprüche verfasst. Um sich in Folge wieder auf die inhaltliche Kritik zu konzentrieren und sie in die Öffentlichkeit zu tragen, fand am 23.03.2021 eine weitere Kundgebung vor dem Rathaus in Tübingen statt. (https://www.gea.de/neckar-alb/kreis-tuebingen_artikel,-b%C3%BCndnis-kritisiert-mangelnde-transparenz-beim-t%C3%BCbinger-cyber-valley-arid,6412744.html)

Weitere Informationen unter: <https://nocybervalley.de/>